

ÄNDERUNGSANTRAG

der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

zu der Beschlussempfehlung des Finanzausschusses (4. Ausschuss)
- Drucksache 8/810

zu dem Gesetzentwurf der Landesregierung
- Drucksache 8/600 -

**Entwurf eines Gesetzes über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes
Mecklenburg-Vorpommern für die Haushaltsjahre 2022 und 2023 (Haushalts-
gesetz 2022/2023)**

und der Unterrichtung durch die Landesregierung
- Drucksache 8/598 -

**Mittelfristige Finanzplanung 2021 bis 2026 des Landes
Mecklenburg-Vorpommern einschließlich Investitionsplanung**

hier: Einzelplan 10
**Geschäftsbereich des Ministeriums für Soziales, Gesundheit
und Sport**

Der Landtag möge beschließen:

1. In Kapitel 1005 „Sozialwesen, Sozialhilfe und Sozialversicherung“ Titel 684.60 „Beratungsangebote zur Förderung der Integration von Migrantinnen und Migranten“ wird der Ansatz für das Jahr 2022 und für das Jahr 2023 jeweils

von 815,0 TEUR
um 147,0 TEUR
auf 958,0 TEUR

erhöht.

2. Zur Deckung der Mehrausgaben werden die Entnahmen aus der Ausgleichsrücklage (Kapitel 1111 Titel 359.01) für das Jahr 2022 und 2023 um jeweils 147,0 TEUR erhöht.
3. In den Erläuterungen zu Kapitel 1111 359.01 wird die Zeile Haushaltsausgleich entsprechend erhöht.
4. Folgender EntschlieÙung wird zugestimmt:

„Die Landesregierung wird aufgefordert, eine mindestens gleichbleibende Finanzierung des Titels 1005 684.60 in der künftigen Mittelfristigen Finanzplanung festzuschreiben.“

Dr. Harald Terpe und Fraktion

Begründung:

Das Anhörungsgespräch im Sozialausschuss im Rahmen der Haushaltsberatungen zum Thema Flucht und Migration mit geladenen Expertinnen und Experten hat klar gezeigt, dass der aktuell gekürzte Haushaltsansatz die Arbeit der Beratungsstellen für Migrantinnen und Migranten erschweren und einschränken wird. Gerade durch die aktuell hohe Anzahl von Geflüchteten aus der Ukraine werden die Beratungsstellen so intensiv wie selten zuvor in Anspruch genommen. Zudem ist festzustellen, dass für eine erfolgreiche Integrationsarbeit die bestehenden Strukturen perspektivisch ausgebaut und verstetigt werden müssen.

Durch die geplanten Kürzungen müssen Angebote reduziert oder eingestellt werden. Hochqualifizierte Beraterinnen und Berater mit langjähriger Erfahrung werden motiviert, bessere Jobs anzunehmen und fehlen als Fachkräfte bei der Integration von Migrantinnen und Migranten.

Der Haushaltsansatz zur Unterstützung der Arbeit der Migrationsberatungsstellen ist deshalb mindestens auf den Stand der Vorjahre entsprechend anzupassen.